



Lernen für die Deutsche und Europäische Zukunft e. V.

Streitthema Schulsystem:

Vergleich der Lernergebnisse in

Nordrhein-Westfalen

Kuratorium Deutscher Schulbuchpreis

Einladung zur Information

Streitthema Schulsystem: Vergleich der Lernergebnisse **- im gegliederten Schulsystem** **- in der Einheitsschule**

Bei der Regierungsbildung in Düsseldorf geht es besonders um die künftige Schulstruktur in Nordrhein-Westfalen; sachkundige und präzise Information ist dabei unerlässlich.

In etlichen wissenschaftlichen Studien sind die Lernergebnisse am Ende des 6. und des 10. Schuljahrs in den verschiedenen Schulformen verglichen worden. Die Resultate der Untersuchungen gehören in die öffentliche Debatte.

- **Dienstag, 20. Juli 2010, 15 Uhr bis 18 Uhr**
- **Aula des Gymnasiums Marienschule der Ursulinen**
- **Sieboldstr. 4 A, 33611 Bielefeld (Schildesche)**

Parkmöglichkeiten sind auf dem Schul- und Klostergelände gegeben

Programm:

- 15.00 Uhr **Wolfram Ellinghaus**, Kuratoriumsvorsitzender: Begrüßung u. kurze Einführung in das Thema
- 15.10 Uhr **Josefine Paul MdL**, stellv. Fraktionsvors. Bündnis 90/Die Grünen, Schulreform für NRW
- 16.00 Uhr **Prof. Dr. Rainer Dollase**: Die Ergebnisse der vorliegenden Vergleichsstudien zu den Lernerfolgen in den verschiedenen Schulformen am Ende des 6. und des 10. Schuljahrs
- 16.50 Uhr Fragen an die Referenten Paul und Dollase
- 17.00 Uhr **Peter Silbernagel**, Vors. Philologenverb. Erfahrungen mit den verschiedenen Schulsystemen aus der Sicht der Lehrer
- 17.25 Uhr **Regine Schwarzhoff**, Vorsitzende des Elternvereins NRW: Erfahrungen der Eltern mit den verschiedenen Schulsystemen, ihre Erwartungen und Wünsche
- 17.45 Uhr Fragen an die Referenten Silbernagel und Schwarzhoff
- 17.55 Uhr **Wolfram Ellinghaus**: kurzes Resümee und Dank an alle Anwesenden und an das gastgebende Ursulinenkloster

Wolfram Ellinghaus

Eintritt frei !

Einführung

Laut Satzung ist es der Zweck unseres Vereins, dazu beizutragen, dass den Menschen in unserm Land, vor allem der nachwachsenden Generation die Werte unserer Verfassung und unserer christlich-abendländischen Kultur durch Bildung und Erziehung vermittelt werden. Die konstruktive Beschäftigung mit nationalen und föderalen Schulsystemen gehört erst in zweiter Linie dazu. Dieses Thema kann für uns aber erste Priorität gewinnen, wenn es darum geht, dass die Verwirklichung dieses Zwecks durch das Schulsystem behindert oder gefördert wird. Obendrein allerdings müssen wir wie jeder, der unsern Staat, unser Volk bejaht, ja aus humanitären Gründen überhaupt, wegen des Wohls und Lebensglücks jedes einzelnen jungen Menschen daran interessiert sein, dass mit den eingesetzten öffentlichen Mitteln die Jugend optimal gefördert wird, d.h. die bestmöglichen Ergebnisse erzielt werden bei der Entfaltung der Anlagen eines jeden, beim Erwerb von Wissen und Fähigkeiten sowie bei der Verinnerlichung der genannten Werte.

Nun hörte ich vor einigen Monaten in der Sendung „Frontal 21“ des öffentlich-rechtlichen Zweiten Deutschen Fernsehens von der Moderatorin Hilke Petersen die Aussage, es sei „wissenschaftlich erwiesen“, dass Kinder bei „gemeinsamem Lernen“ in den Klassenstufen 5 und 6 mehr lernen, als wenn sie je nach ihren Begabungen getrennt unterrichtet werden.

Ich ging davon aus, dass in einer aus steuerähnlichen Zwangsabgaben aller Bürger finanzierten Anstalt des öffentlichen Rechts in einem demokratischen Rechtsstaat, anders als in totalitären Staaten keine Lügen zur gezielten Irreführung ihrer Bürger möglich sind, sondern wahrheitsgemäß über Tatsachen berichtet wird. Da das aber auch in unserm Land nicht immer und überall so gewesen ist, habe ich gedacht, dass diese Aussage in einer öffentlichen Veranstaltung untersucht werden sollte, zumal ganz andere Aussagen über Lernerfolge in manchen Zeitungen zu lesen sind; aber die sind privat und nicht öffentlich-rechtlich.

Daher bin ich Frau Josefine Paul dankbar, dass sie sich bereit erklärt hat, die von der neuen Landesregierung NRW geplanten Schulstrukturänderungen vorzustellen. Als stellvertretende Vorsitzende der Landtagsfraktion der Grünen und Mitglied des Schulausschusses ist sie dafür sicherlich besonders kompetent.

Dankbar bin ich Herrn Prof. Dr. Rainer Dollase, weil er bereit ist, über Lernerfolge in unterschiedlichen Schulsystemen vor allem am Ende des 6. Schuljahrs, aber auch späterer Jahrgangsstufen zu berichten. Prof. Dollase gilt deutschlandweit als besonderer Kenner der Studien, die, gemäß Petersen, „wissenschaftlich erweisen“ in welchem System die Kinder am besten lernen.

Mein besonderer Dank gilt Herrn Peter Silbernagel, dem Vorsitzenden des Philologenverbands Nordrhein-Westfalen, nicht nur, weil er überhaupt bereit ist, hier den Lehrertag zu übernehmen, sondern das auch noch sehr kurzfristig getan hat, als Stellvertreter von Josef Kraus, der es trotz guten Willens in der in Bayern letzten Woche des Schuljahrs nicht schaffen konnte, die An- und Abreise – Vilsbiburg – München – Dortmund – Bielefeld und wieder zurück – an einem Tag zu bewältigen. Deshalb brauchen wir es mit dem Ende der Veranstaltung um 18.00 Uhr nicht so genau zu nehmen.

Eigentlich kommen ja Ladies First. Aber da ist schon Frau Paul im Alphabet vor Frau Schwarzhoff, der Vorsitzenden des Elternvereins NRW, die diese Schulformdebatte aus der Elternsicht beurteilt. Frau Schwarzhoff ist besonders hoch zu loben, weil sie bis gestern noch in den Dolomiten gewandert ist und die besonders weite Reise auf sich genommen hat, um hier die Elternseite zu vertreten.

Zukunft der Schule: Lern- und Lebensort

NRW steht vor wichtigen Weichenstellungen. Vor uns liegen große Aufgaben bei der Bewältigung

der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen. Zugleich liegt hier aber auch eine große Chance – nicht zuletzt für die Bildungspolitik.

Unser Schulsystem in NRW ist diesen Herausforderungen nicht gewachsen. In allen Vergleichsstudien wird deutlich, dass der Bildungserfolg in unserem Land noch immer zu sehr vom sozialen Stand der Eltern abhängt. Rot-grün steht für eine Schule der Zukunft, die einen Lern- und Lebensort für alle bildet. Wir wollen ein sozial gerechtes und leistungsförderndes Schulsystem, das kein Kind zurücklässt, sondern im Gegenteil allen Kindern und Jugendlichen die Möglichkeiten eröffnet, sich zu entwickeln und eigene Talente zu entdecken.

Bildung bedeutet für uns dabei mehr, als die Vermittlung von funktionalem Wissen. Bildung ist auch ein Wert für sich und ist ein wichtiger Baustein in der Persönlichkeitsentwicklung.

Dazu gehört auch ein ganzheitlicher und nachhaltiger Bildungsbegriff. Nicht nur die Wissensvermittlung darf im Mittelpunkt von Schule stehen, sondern auch das soziale und emotionale Lernen, kritisches und kreatives Denken, sowie die Vermittlung geschlechtersensibler und interkulturellen Kompetenzen sind wichtige Bestandteile eines ganzheitlichen Bildungsbegriffes.

Drüber hinaus ist es für uns ein zentrales Anliegen auch die kreativen, musischen und motorischen Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen zu fördern, denn zu einer guten Schule gehören nicht nur Lesen, Schreiben, Rechnen, sondern auch Musik, Malen und Bewegung.

Die Abwahl der schwarz-gelben Landesregierung im Mai war auch eine Abwahl einer Schulpolitik,

die nicht von den Schülerinnen und Schülern her gedacht war. Es war auch eine Abwahl einer Bildungspolitik der sozialen Ungerechtigkeit, die auch im Hochschulbereich mit der Einführung von Studiengebühren ihre Fortsetzung gefunden hat.

Maßnahmen wie die wenig durchdachte Einführung des Abiturs nach zwölf Jahren (G8) oder

die Installation von Kopfnoten und bindenden Grundschulgutachten haben nicht nur die Belastung

der Schüler und Schülerinnen erhöht, sondern auch dazu beigetragen, dass Chancengleichheit

im Bildungsverlauf für viele Schüler und Schülerinnen nicht mehr gegeben ist.

Deshalb gilt es, jetzt zu handeln. Im Gegensatz zu unserer Vorgängerregierung werden wir jedoch auf „schnelle Maßnahmen von oben“ verzichten und stattdessen transparent und unter

Beteiligung aller Beteiligten die notwendigen Änderungen vornehmen.

Ein erster Schritt, um die bildungspolitischen Fehlritte von Schwarz-Gelb in den Griff zu bekommen,

ist das rot-grüne „Sofortprogramm“:

- Kopfnoten werden abgeschafft,
- die Drittelparität in der Schulkonferenz wird wieder hergestellt,
- die Kommunen können die Grundschulbezirke wieder einführen
- und die Verbindlichkeit der Grundschulgutachten wird aufgehoben.

Durch diese Maßnahmen, die einer Änderung des Schulgesetzes bedürfen und noch im Jahr 2010 im Rahmen einer „kleinen Schulgesetznovelle“ in Angriff genommen werden, wollen wir Demokratie an den Schulen und Gerechtigkeit im Bildungsverlauf wieder herstellen.

Da wir mit Sylvia Löhrmann seit Juli eine grüne Schulministerin haben, werden sich auch auf der ministerialen Ebene Fortschritte ergeben: Vorteil dieser Neu-Besetzung ist vor allem die Chance, es durch die Erteilung von Genehmigungen zu ermöglichen, dass sich Schulen unterschiedlicher

Schulformen zu einer Gemeinschaftsschule zusammenschließen können.

Wir wollen dabei unser Ziel längeren gemeinsamen Lernens nicht von oben diktieren, sondern

mit den Menschen vor Ort gemeinsam entwickeln. Besonders im ländlichen Raum sind

die Realitäten längst jenseits eines mehrgliedrigen Schulsystems angekommen. Viele Kommunen

wollen aber ein wohnortnahes Bildungsangebot erhalten und haben daher unsere Idee der Gemeinschaftsschule aufgegriffen. Mittelfristig haben wir im Koalitionsvertrag das Ziel festgeschrieben, dass sich bis 2015 ca. ein Drittel der allgemeinbildenden Schulen in NRW in der Sekundarstufe I zu Gemeinschaftsschulen umwandeln sollen. Da wir von der Wichtigkeit des gemeinsamen Lernens und der Durchlässigkeit des Schulsystems überzeugt sind, werden wir Anreize schaffen, um diesen Prozess zu fördern.

Gemeinsames Lernen bedeutet für uns auch, dass wir im Sinne der Inklusion Kinder mit Behinderung

nicht mehr ausgrenzen und auf Förderschulen verbannen, sondern sie in den Unterricht

an Regelschulen integrieren. Auch NRW muss die UN-Konvention zur Inklusion von Menschen mit Behinderung endlich ernstnehmen und umsetzen.

Darüber hinaus werden wir uns verstärkt bemühen, den Ganztagsunterricht im Sinne einer ganzheitlichen Erziehung auszubauen: Zusätzlich Angebote in verschiedenen Bereichen, darunter Kunst, Musik sowie Sport und Bewegung, fördern die Entwicklung von Kindern und sind ebenso essentiell wie ein vollwertiges, gesundes Schulessen.

„Länger gemeinsam lernen“ - Die Schattenseiten einer realitätsfernen Phrase

Prof. Dr. Rainer Dollase, Universität Bielefeld

Als Befürworter eines gegliederten Schulsystems ist man in der heutigen Zeit in einer ziemlich kleinen, wenngleich sympathischen Gruppe menschenfreundlicher und kompetenter Mitmenschen. Fordert man gar, wie ich das tue, eine noch weitergehende Untergliederung des deutschen Schulsystems, dürfte es auch dort immer weniger Sympathisanten und Unterstützer geben. Auch wenn die eine oder andere Forderung mit einem leichten Augenzwinkern geschieht, so ist Singularität einer wissenschaftlichen oder Meinungsposition keinesfalls etwas Ungehöriges, Peinliches oder gar Gefährliches, wie der politische Gegner gerne versucht, abweichende Positionen darzustellen. Unangenehm wäre es lediglich, wenn die Singularität einer Position als Beweis für deren Falschheit angesehen würde und die Unterstützung von Mehrheitsmeinungen als Beweis ihrer Richtigkeit angesehen wird. Gerade die historische Erfahrung lehrt, dass Mehrheitsmeinungen auch falsch sein können.

1. Die Situation

Lange Jahrzehnte haben die Befürworter der Gesamtschule bzw. der Zusammenlegung von Haupt- und Realschule die Schulstrukturdiskussion gemieden wie der Teufel das Weihwasser. Seitdem sich Koalitionen der bürgerlichen Parteien an der Macht befinden, wird die Schulstrukturdiskussion gerade von jenen wieder aufgewärmt, die Jahrzehnte Zeit gehabt hätten, sie in der Bevölkerung durchzusetzen. Die Idee der Zusammenlegung von Haupt- und Realschule und ihre kritische Prüfung geht auf Hans Georg Herrlitz, einen Pädagogen, der in seiner aktiven Zeit bildungsgeschichtliche Schwerpunkte verfolgt hatte, aus dem Jahre 1981 in einem Aufsatz in „Die deutsche Schule“, S. 93-97 zurück. Die Zusammenlegung von Haupt- und Realschule ist bei Gesamtschulbefürwortern aus ganz anderen Gründen umstritten wie sie es bei der Real- bzw. Hauptschullehrerschaft ist. In Wirklichkeit ist die Idee der Zusammenlegung von Haupt- und Realschule wesentlich älter und spielte auch in der Schuldiskussion der Nachkriegszeit auf gewerkschaftlicher und Verbandsebene eine Rolle. Diese Geschichte der Idee

aufzuarbeiten wäre eine interessante Aufgabe für eine zeithistorische Dissertation, ehe notorische Epigonen die Idee für sich beanspruchen.

Die mediale Rezeption dieses Zwei-Säulenmodells hat insbesondere Politiker beeinflusst und in gewisser Weise auch die Bevölkerung. Die im Jahr 2008 veröffentlichte Emnid-Umfrage konnte eine knappe Mehrheit der Befragten für die Aussage „wenn die Kinder möglichst lange gemeinsam unterrichtet werden“ feststellen. Demgegenüber stimmten nur 43% der Aussage zu „wenn die Kinder je nach ihren Leistungen möglichst schnell auf verschiedene Schulzweige kommen, also auf Hauptschule, Realschule und Gymnasium aufgeteilt werden.“ Folglich findet die Gesamtbevölkerung eine Aufteilung der Kinder nach der sechsten Klasse am günstigsten (49%), nach der vierten Klasse nur noch 28% und nach der neunten Klasse nur 19%. Die Wendung „gemeinsam lernen“ weckt wunderschöne sozialromantische Assoziationen. Dass auch in einer Gesamtschule nicht gemeinsam gelernt wird, sondern dass sich jeder für seinen eigenen individuellen Schulerfolg anstrengen muss, alleine und individuell bewertet wird, geht bei solchen Formulierungen im dampfigen Nebel der Formulierung „gemeinsam“ unter. Verblüffend erschien dann vielen, die das Zwei-Säulen-Modell der Stadt Hamburg als unschädlich für die Aufwallungen der öffentlichen Meinung eingeschätzt hatten, dass in aller kürzester Zeit 184500 Unterschriften gegen die schwarz-grünen Schulpläne gesammelt werden konnten. Und der abschließende Volksentscheid am 18.7.2010 wurde deutlich gewonnen. Es haben nicht nur die privilegierten Stadtviertel die Vorlage der Bürgerschaft abgelehnt sondern auch in den belasteten Bezirken gab es mindestens 42,8% „Nein“ Antworten. Zuvor waren Meldungen an die Öffentlichkeit gedrungen über ein organisatorisches Chaos, über Beschwerden über die neue Machtverteilung zugunsten der Grundschulen etc.

Eine aktuelle Forsa-Umfrage vom November 2009, ebenfalls in einer repräsentativen Stichprobe gewonnen, brachte dann auch ganz andere Ergebnisse als die Emnid-Umfrage. Auf die Formulierung „Das bisherige Schulsystem sollte abgeschafft und durch die Einheitsschule ersetzt werden“ antworteten 63% mit Nein. Auf die Frage, ob sie an die Verbesserung der Leistungsfähigkeit des deutschen Schulsystems durch die Einheitsschule glauben würden, antworteten 65% mit Nein. Die Vokabel Einheitsschule hat so eindeutig negative Konnotationen wie der Begriff „gemeinsam

lernen“ positive hat. Man darf bei der Gelegenheit nicht vergessen, dass die Einheitsschule ein Begriff von Fritz Karsen aus den Anfängen des 20. Jahrhunderts ist. „Einheitsschule“ ist uralt und unmodern...:-) Noch im April 2010 fand Forsa 57% der Bevölkerung die den Satz ablehnten „Die Grundschulzeit in Nordrhein Westfalen sollte um zwei Jahre verlängert werden“. Ist es volksnah, wenn die rot-grüne Minderheitsregierung nun gerade diese auf heimlichem Wege, lokal und „nur im Konsens“ durchsetzen will. Warum? Vermutlich ist es doch die alte ideologische Möhre, die dem alten Esel „Schulstrukturreform“ vor das hungrigen Maul gehalten wird - Einführung der Gesamtschule als Fernziel.

Wenn man die Situation der öffentlichen Meinung zusammenfassen wollte, dann sollte man sie als politisch, organisatorisch und semantisch „labil“ einstufen. Dass innerhalb der Wissenschaft und der Politik relativ stabile Ansichten über die Wünschbarkeit des Zwei-Säulen-Systems existieren, hängt auch damit zusammen, dass die diese Position äußernden Personen die organisatorische, bürokratische und menschliche Kleinarbeit nicht leisten müssen. Es sind Sandkastenargumente von Menschen, die grundsätzlich nur im Sandkasten spielen und die Realität vor Ort nur gefiltert wahrnehmen. Zu dieser Situation gehört auch, dass die prominentesten Gesamtschulbefürworter bzw. Zwei-Säulen-Modell-Befürworter ihre eigenen Kinder stets auf das ortsansässige Elitegymnasium geschickt haben. Die Einstellungen gegenüber Zusammenlegung von Schulformen sind häufig keine echten Überzeugungen, sondern huldvolle gedankliche Gaben an die Bevölkerungsteile, die ohnehin nicht an den eigenen Elitestatus heranreichen.

Die Realität empirischer Untersuchungen, die zur gegenwärtigen Situation der Debatte auch herangezogen werden muss, ist allerdings wesentlich komplexer. Es gibt ohne weiteres auch deutliche und wichtige Resultate, die für eine Gliederung des Schulsystems sprechen. Auch gibt es Resultate, die die öffentlich gepflegten Vorurteile beispielsweise gegen Hauptschulen Lügen strafen.

In der Totalerhebung Mathematikleistung in Rheinland-Pfalz, dem Projekt MARKUS (Jäger und Helmke), konnte man etwa finden, dass die Lernmotivation der Hauptschüler und Realschüler deutlich besser war als die Lernmotivation der Gymnasialschüler. Andererseits konnte man auch finden, dass die zwanzig besten

Hauptschulklassen in Mathematik eine durchschnittlich bessere Leistung haben als die zwanzig schlechtesten Gymnasialklassen im selben Fach. Eine starke Überlappung der Leistungsfähigkeit ist auch in anderen Studien festgestellt worden. Sorgfältige Empiriker wie Trautwein, Baumert und Maaz haben 2007 geschrieben „Die Ergebnisse mehrerer Untersuchungen jüngerer Datums liefern in der Tat Hinweise dafür, dass der Hauptschulbesuch in der Summe positive Konsequenzen für Selbstwirksamkeitsüberzeugung und die Interessenentwicklung hat.“ (in: APUZ).

Zur Situation gehört auch, dass Gesamtschulländer, wie etwa Dänemark, seit vielen Jahren und mit großem Erfolg so genannte „Produktionsschulen“ eingeführt haben, die für jenen Teil der Schülerschaft attraktiv sind, denen ein einseitig auf den Erwerb eines Dr. phil. (keine Angst, ich habe selber einen) ausgerichtetes Schulsystem nicht wirklich Erfüllendes bietet. Also kann man auch externe Differenzierungen dort beobachten, wo es bislang nur ein Gesamtschulsystem gab.

Zur gegenwärtigen Situation gehört auch die Situation im ländlichen Bereich. Man könne nicht in jedem Dorf ein dreigliedriges System aufrechterhalten – klar, das geht nicht. Aber alle zweihundert Kilometer eine integrierte Gesamtschule? Es fehlen genaue Aufrechnungen, welche Fahrtkosten anfallen, wenn man zentrale Mittelpunktschulen, Verbundschulen oder Gesamtschulen in ländlichen Gebieten einrichtet und was dies mit der Zeitstruktur der Schüler und Schülerinnen macht. Auch der volkswirtschaftliche Sinn dieser Erhöhung der Fahrtkosten ist in Großbritannien vor Jahren schon (im Zusammenhang mit dem Wettbewerb zwischen Schulen) in Frage gestellt worden. Selbst kleine ländliche Gemeinden zahlen heute schon jährlich 5 Mill. € für den Schulbustransport ihrer Schüler.

2. Argumente, Gegenargumente, Scheinargumente

Es war und ist und wird auch in den nächsten Jahren gefährlich sein, sich auf Wissenschaften zu verlassen, die kausale Beziehungen zwischen Variablen nicht eindeutig herstellen können. Kausal eindeutige Beziehungen zwischen Variablen können die Naturwissenschaften und Teile der Sozialwissenschaften, die sich experimentell verstehen, liefern. Das ist offenbar in der Vergangenheit in der

Ökonomie weniger der Fall gewesen. Die Finanzkrise der Jahre 2008/2009 ist von den führenden Volkswirten nicht vorausgesagt worden und das liegt auch daran, dass sie sich nicht auf kausal belastbare Daten stützen können und deswegen Fehlentscheidungen und Fehleinschätzungen produzieren.

Kurz vor der Krise haben führende Volkswirte wie Rürup, Sinn, Weber und auch der Nobelpreisträger Robert Lucas so getan, als könne es eine Krise nicht mehr geben. Mittlerweile eskaliert der Streit unter den Ökonomen und es wird über eine „experimentelle Ökonomik“ nachgedacht, auch darüber, dass man die Modelle menschlichen Verhaltens tatsächlich etwas psychologischer anreichern müsste (dazu hätte es lediglich der Kooperation mit Psychologen bedurft). Der Kollege Fetchenhauer von der Universität Köln hat dann kürzlich auch in einer Umfrage feststellen können, dass das Image der Ökonomie in der Öffentlichkeit stark gesunken ist.

Dieser Exkurs in die fehlende kausale Leistungsfähigkeit der Ökonomie ist an dieser Stelle notwendig, weil wir gerade im ersten Jahrzehnt des dritten Jahrtausends eine intensive Einmischung von Volkswirten und volkswirtschaftlichen Überlegungen in pädagogische Entscheidungen erlebt haben. Ob es sich um die Früheinschulung handelt (eine Fehlentscheidung), um Maßnahmen zur Geburtensteigerung (nichts hat bisher gefruchtet), um den Wettbewerb im Erziehungs- und Bildungssystem (hat zu hanebüchernen Folgen geführt), ums Sitzenbleiben (s.u.) und um das „Management by objectives“ (ist eine Wiederauflage der DDR-Planwirtschaft) - nichts davon konnte (außer durch Absurditäten) wirklich überzeugen.

Von der Unwichtigkeit organisatorischer Faktoren

Innerhalb der pädagogisch-psychologischen Forschung ist es einer Metaanalyse auf der Grundlage von elftausend Bezügen zwischen Variablen des Unterrichts und seinem kognitiven bzw. sozialen Erfolg zufolge nahezu eindeutig klar, dass organisatorische, administrative Faktoren des Schulsystems keinesfalls die machtvollen Einflussfaktoren sind, die im Anschluss an Rutter („Die zwölftausend Stunden Schule“) in Ermangelung genauer Beurteilungskriterien von statistischen Resultaten angenommen wurden. Organisatorische, administrative, strukturelle

Faktoren werden von Wang, Haertel und Walberg (1993) als distale Faktoren subsummiert und erweisen sich statistisch, aber auch qualitativ als Faktoren minderer Bedeutung. Eindeutig führen in einer Hitparade von Einflussfaktoren des guten Unterrichtes die proximalen Faktoren, d.h. Nahfaktoren, die man an Lehrern, an Schülern, an Eltern und deren Interaktionen festmachen kann. Selbst Unterrichtskonzepte und Sozialformen haben längst nicht den Stellenwert, der ihnen in der aktuellen Diskussion immer zugeschrieben wird. Unterricht ist eine Veranstaltung, die mit der Qualität des Personals steht und fällt. Und nicht mit der Organisation der Schule.

Besonders primitiv erschienen nach PISA Positionen, in denen behauptet wurde, die PISA-Sieger hätten alle ein Gesamtschulsystem und das hätte ihnen die guten Resultate beschert. Zaghafte Stimmen hat man damals gehört, die darauf hinwiesen, dass auch PISA-Verlierer ein Gesamtschulsystem haben. So sei auch an dieser Stelle noch mal ein Rätsel aufgegeben: Es gibt ein Land, das hat ein konsequentes integriertes Gesamtschulsystem, eine verpflichtende Vorschulerziehung, beim Schuleintritt mit sechs Jahren können alle Kinder lesen, schreiben und rechnen, die Erzieherinnen haben alle einen Fachhochschulabschluss und bei Elternversammlungen und Elternabenden kommen fast 100% der Eltern. Welches Land ist dieses? Das Land macht bei PISA nicht mehr mit, es hat bei PISA 2000 mit einem katastrophalen niedrigen Wert den letzten Platz belegt, es ist Peru. Natürlich kann man sich tausend Faktoren überlegen, warum Peru so schlecht abschneidet. Aber so zu tun, als sei die Schulstruktur, die Organisationsform von Schulen ein entscheidender Leistungsfaktor, ist albern und wird von aufgeklärten Gesamtschul- bzw. Zwei-Säulen-Befürwortern auch nicht aufrechterhalten. Hier jedenfalls besteht Einigkeit.

Die Frage, die sich hier anschließt, ist eine wirklich politisch zu beantwortende Frage: Lohnt es sich, den Aufwand einer organisatorischen Umgestaltung mit all seinen Brüchen, Verschlechterungseffekten etc. in Kauf zu nehmen, um etwas zu ändern, was nachweislich so gut wie keinen Einfluss auf die Leistung unserer Schüler und Schülerinnen hat?

Der Ungerechtigkeitsvorwurf

Ungerecht sind Vorurteile in der Bevölkerung. Wer meint, ein Hauptschüler sei blöd und zu nichts nutze, sündigt gegen eine Forderung nach Gerechtigkeit. Vorurteile sind ungerecht, nicht aber die Hauptschule. Oder das gegliederte Schulsystem.

Die Frage der Ungerechtigkeit des Schulsystems ist überlagert von Vorurteilen, oberflächlichen Einschätzungen und gekennzeichnet durch einen Mangel an analytischer Schärfe. Um dieses zu verdeutlichen nehmen wir den 100-m-Lauf der letzten Leichtathletik-Weltmeisterschaft als Beispiel. Usain Bolt, der Jamaikaner, hat mit einem gigantischen Vorsprung und einem neuen Weltrekord von 9,58 Sekunden auf 100 Metern vor der Konkurrenz gewonnen. Wir merken an dieser Stelle an, dass, wer Wettbewerb veranstaltet selbstverständlich auch mit Gewinnern und Verlierern rechnen muss. Jeder 100-m-Lauf bringt einen Letzten hervor und einen Ersten. Wenn man das nicht will, darf man auch keinen Wettbewerb veranstalten.

Erlaubt sind allerdings bei der Veranstaltung von Wettbewerben folgende Fragen:

1. War die Messung korrekt? Das würde sich beim 100-m-Lauf erübrigen, aber in der Schule müssen wir uns fragen, geben wir die Noten gerecht, sind sie objektiv, reliabel und valide?

2. Hatten alle die gleiche Ausgangsbedingung? Beim 100-m-Lauf kann man sagen: Der Wettbewerb fand für alle unter gleichen Bedingungen statt. In Wirklichkeit aber sind Bedingungen beim 100-m-Lauf nicht gleich: Der eine hat schwächere Muskeln, ein langsames Nervensystem, der andere hat zu wenig trainiert, der andere hat Drogen genommen etc. Wenn man alle diese Bedingungen vor dem Wettbewerb vereinheitlichen würde, hätten wir nachher nur Sieger, alle laufen gleich schnell, die Goldmedaille müsste unter acht Personen, wenn acht gestartet sind, verteilt werden. Und? Was dann? Wenn wir diese Situation auf unser Schulsystem übertragen, dann hätte das eine Menge von sehr interessanten und sicher nicht gewünschten Folgen. Wer in Mathematik zu gut ist, bekommt einen Notenmalus. Oder, wer schon mit drei Jahren lesen kann, muss mit der weiteren Förderung warten, bis alle so weit sind, dass die unterschiedlichen Startbedingungen, die ja weiß Gott nicht nur mit sozialen

Einflüssen zu tun haben, ausgeglichen sind. In der kompensatorischen Erziehung hat man derlei Unsinn schon erfolglos versucht.

3. Haben wir jedem so gut es geht geholfen? Beim 100-m-Lauf heißt das, dass die nationalen Leichtathletik-Verbände sich ernsthaft diese Frage stellen müssen, ob sie ihre 100-m Talente auch entsprechend modern gefördert haben – und vor allem: in jedem Land gleich. Keiner darf mehr oder weniger trainieren. Dann gäbe es nur genetische Unterschiede – dasselbe Dilemma wie oben unter 2. Pädagogische oder sonstige Förderung erreicht überdies nicht alles, auch wenn die pädagogische Ideologie der Gleichheitsherstellung so etwas behauptet. Auch identische Förderung schafft inhaerent Unterschiede, d.h. Varianz.

4. Müssen alle Menschen 100-m-Läufer werden? Natürlich nicht. Der Wert eines Menschen bemisst sich sicherlich nicht nur daran, wie schnell er auf 100 m ist, sondern er kann sich an tausenden anderen Fähigkeiten, seiner Nächstenliebe, seiner Ausdauer, seiner Stärke, seines Gewichthebertalents etc. äußern. Das wäre auch, wenn man den Gedankengang auf die Schule überträgt, ein Ausweg aus der Ungerechtigkeitsdebatte, den aber die Ideologie versperrt: Wer für höhere Mathematik und die Interpretation expressionistischer Gedichte keinen Nerv, keine Begabung und kein Interesse hat, muss deswegen nicht ein schlechterer Mensch sein. Wer die Vorurteile gegenüber der Hauptschule abschaffen möchte, muss an der Abschaffung der Vorurteile arbeiten, nicht an der Abschaffung der Hauptschule. Dass Hauptschule und negative Vorurteile in der Debatte der Zwei-Säulen-Befürworter miteinander untrennbar verkoppelt werden, ist eine unzulässige Irreführung der Gesellschaft. Dass generell das „gemeinsame Lernen“ auch suggerieren soll, dass man eine gemeinsame und gleich dotierte Karriere für den Rest des Lebens vor sich hat, ist ebenso eine illusionäre Täuschung der Öffentlichkeit und der Eltern. Hier wird die Sorge ausgenutzt, die Eltern naturgemäß entwickeln, wenn sie den Nachwuchs in die Schule schicken. Diese Sorge nimmt man ihnen erst, wenn alle Arbeit haben und alle unterschiedlichen Formen von Bildung, Wissen und Kompetenz in einer Gesellschaft als potenziell sinnvoll und wertvoll angesehen werden.

Helmut Fend hat vor einiger Zeit deutlich gemacht, dass die Arbeiterkinder als Absolventen von Gesamtschulen keine höheren Abschlüsse erreichen als im

gegliederten System und dass auch bei Absolventen von Gesamtschulen für die dann ergriffenen Bildungskarrieren und Berufskarrieren gilt, dass die Herkunft, das Herkunftsmilieu entscheidend ist. Das Herkunftsmilieu wird allerdings gerne auch als Ergebnis einer geschichtlichen oder geographischen Willkürlichkeit dargestellt. Da wir ein wettbewerbs- und leistungsorientiertes Schulsystem ja nun schon seit seiner Gründung im 20. bzw. 19. Jahrhundert haben, spiegelt sich in der unterschiedlichen Berufsstruktur einer Gesellschaft natürlich auch das Wettbewerbsergebnis und die Selektion nach Leistung wider. Menschen mit geringeren akademischen Fähigkeiten werden in handwerkliche Berufe oder einfache Dienstleistungsberufe plaziert. Wer zum Dr. phil. geeignet ist, bekommt ungerechterweise gleich mehr Geld. Die immer wieder zu lesende genugtuende Berichterstattung über solche Gehaltsunterschiede ist kein Argument gegen die Maxime, dass jeder nach seinen Fähigkeiten sich für die Gesellschaft einsetzen sollte, sondern eigentlich nur ein Affront gegen einfache, nicht akademische Tätigkeiten. Ein Vorurteil also.

Im Zusammenhang mit dem Ungerechtigkeitsvorwurf ist es natürlich auch interessant, in die Statistiken von PISA genau zu schauen. Dort wo der Zusammenhang zwischen sozialer Schicht und Leistung beschrieben wird, etwa bei PISA E, kann man deutlich erkennen, dass es Tausende von Kindern bzw. Jugendlichen aus der Ober- und oberen Mittelschicht gibt, die deutlich schlechter sind als die besten aus der Unterschicht und untersten Unterschicht. Eine Korrelation von .40 oder .50 (zwischen sozialer Schicht und Mathe-Leistung) bedeutet, dass es eine erhebliche Anzahl von Ausnahmen von der Regel („je höher der Bildungsstatus der Eltern desto besser die Mathe-Leistung der Schüler“) gibt.

Der mit Sicherheit renommierteste bundesdeutsche Soziologe ist Hartmut Esser, der in der FAZ im Jahre 2009 unter anderem Folgendes geschrieben hat: „Ein gegliedertes Bildungssystem nutzt beim sozialen Aufstieg also gerade den Migrantenkindern aus den unteren Bildungsschichten und eine Umstellung würde eher den ethnischen Eliten zugutekommen.“ Diese verblüffende Aussage erschließt sich nur jenen, die ein wenig über Statistik wissen oder bereit sind, sich auf die Fallen und Tücken der Empirie einzulassen. Deutschland wird von der OECD aus meiner Sicht völlig zu Unrecht immer wieder vorgeworfen, dass der Zusammenhang zwischen Schicht und Leistung hier besonders stark sei. Bezogen auf die

Untergliederung in Hauptschule, Realschule und Gymnasium ist es so: dass innerhalb der Hauptschule, innerhalb der Realschule, innerhalb der Gymnasien eine deutlich niedrigere, nahe bei Null liegende, Korrelation zwischen sozialer Schicht und Leistung gibt. Das heißt also, dass innerhalb der Schulformen keine Zusammenhänge bestehen, wie sie beispielsweise in der Gesamtstichprobe ohne eine Unterteilung in Schulformen existiert. Innerhalb der Schulformen wird also – in Alltagssprache ausgedrückt – kaum diskriminiert.

Dass wir andererseits so eine scharfe Gesamt-Korrelation haben, liegt aber auch daran, dass ein Teil der Zuwanderer, die sich ethnisch religiös genau bestimmen lässt, aus der untersten Unterschicht stammt und sich gleichzeitig auch noch von der deutschen Kultur abkapselt. Alle Länder beispielsweise, die Zuwanderer mit diesem Hintergrund haben, wären bei PISA deutlich besser gewesen, wenn man diese Bevölkerungsgruppen herausgerechnet hätte. Zuwanderer ist nicht gleich Zuwanderer. Länder wie Australien und Kanada, aber auch Frankreich, haben beispielsweise Zuwanderer, die anpassungsbereit und -fähig sind bzw. die Landessprache bereits beherrschen. Wenn man bei einem Korrelationsdiagramm im unteren Bereich etwas hinzufügt, dann steigt die Korrelation erheblich. Ganz praktisch bedeutet dies: Wir haben in den Hauptschulen gute Schüler mit Migrationshintergrund, wir haben in den Realschulen gute Schüler mit Migrationshintergrund und dasselbe auch im Gymnasium. In einem Gesamtschulsystem hätten wir, das meint Esser, nur einen kleinen Teil der Schüler mit Migrationshintergrund, die in den Genuss kämen, dass sie von sich sagen können: „Ich bin ein guter Schüler.“

Prognoseunsicherheit und Prognosezeitraum

Gerne wird in der Öffentlichkeit mit dem Argument hantiert, dass das zarte Alter von zehn Jahren zu früh sei, um eine Aufteilung von Schülern und Schülerinnen auf das dreigliedrige Schulsystem vorzunehmen. Gewiss ist das zu früh. Aber ist es mit fünfzehn Jahren nicht auch zu früh? Die Grundschulzeugnisse korrelieren mit dem Schulerfolg in der Höhe von etwa $r = .50$, also eine mittlere Korrelation, aber das Abitur korreliert mit dem Studienerfolg auch etwa um $.50$. D.h. also, dass Grundschulzeugnisse und Abiturzeugnisse durchaus ein gutes

Prognoseinstrumentarium sind, aber keineswegs damit feststeht, wie der weitere Schul- und Berufsweg verläuft. Ähnliche Resultate sind auch aus der Biografieforschung bekannt. Der Mensch ist ständig unberechenbar. Bei manchen kann die Karriere sehr spät kommen, bei anderen früher. Daraus kann man nur eine Folgerung ziehen: die Durchlässigkeit ist wichtig, d.h. wenn jemand im späteren Lebensalter sich anstrengt, Fähigkeiten entdeckt, Interessen neu gewinnt, sich weiterbilden will, dann muss ihm dieses ermöglicht werden, mehr nicht. Aber in der aktuellen Situation ist es hin und wieder für einen Schüler oder eine Schülerin nicht gut, wenn man ihn mit einer zweiten und dritten Fremdsprache dann konfrontiert, wenn er gerade den aktuellen Schulstoff nicht beherrscht.

Amüsant habe ich die angebliche Auseinandersetzung zwischen Baumert und Lehmann empfunden, und zwar nicht wegen der seriösen Arbeit von Lehmann und der seriösen Arbeit von Baumert, sondern wie diese Kontroverse in der Öffentlichkeit von den Leitmedien aufgenommen wurde: nämlich als Niederlage für Lehmann. Das war sie in keinem Fall. Die in Berlin früher getrennten Grundschüler, die also nach der vierten Klasse ins Gymnasium gekommen sind, haben ihren Vorsprung vor denjenigen, die spät getrennt wurden, gehalten. Die früher Getrennten waren anfänglich und auch am Ende in der Leistung in einer Fähigkeit XYZ um ungefähr ein Leistungsjahr besser. (Dem Mittelwert, den eine Kohorte dann leistet). Dass die später getrennten Kinder sich auch in der Grundschule weiter entwickelt haben ist ebenfalls völlig normal. Das wurde dann in der Öffentlichkeit als Förderungsleistung der Grundschule interpretiert. Entscheidend aber: Die früher Getrennten haben ein Jahr eher insgesamt einen viel anspruchsvolleren oder umfangreicheren Workload erledigt, d.h. andere, zusätzliche Fächer bekommen, andere didaktisch-methodische Herausforderungen erlebt. Früh Getrennte haben also zusätzlich zu den Leistungen im Vergleichskriterium (in dem sie ihren Vorsprung gehalten haben) noch andere Stoffe erlernt, das ist das entscheidende Argument. Und dann hat die links-grüne Bevölkerungsmehrheit erstaunt vernommen, dass Baumert in einem SPIEGEL online Interview folgendes Gesagt hat: „Frage: Gibt es keinerlei wissenschaftliche Erkenntnisse dazu, ob längeres gemeinsames Lernen sinnvoll ist? Baumert: Nein, dazu gibt es keine belastbare Studie. Es ist einfach schwierig, eine wirkliche Vergleichsgruppe für die verlängerte sechsjährige Grundschule zu finden.“ Und in der printausgabe hat er es noch mal wiederholt: „Mag sein, aber belastbare empirische

Evidenz für die Wirkungen einer zweijährigen Verlängerung der Grundschule kenne ich nicht.“

Durchlässigkeit

Durchlässigkeit ist die Antwort auf die Prognoseunsicherheit. Menschen sind ständig unprognostizierbar und selbst wenn ein großer Teil sich relativ stabil den Prognosen gemäß verhält, so gibt es doch stets genügend Auf- und Absteiger. Bislang wurden solche Fragen der auf- und absteigenden Schülerzahlen immer mit Blick auf volkswirtschaftliche Statistiken und Schulstatistiken beantwortet. Das ist riskant, weil keine echten Längsschnittuntersuchungen mit derlei Daten (sog. „Pseudo Panels“) möglich sind. Diesem Mangel hat Helmut Fend mit einer neuen Studie (mdl. Mitteilung 2009) abgeholfen. Er stellt fest, dass es aus der Bildungsunterschicht genauso viel Aufsteiger gibt wie es Absteiger aus der Bildungsmittelschicht gibt. Konkret hat er untersucht, ob z.B. dann, wenn beide Eltern Abitur haben, Töchter und Söhne ebenfalls Abitur machen. Er stellt fest, dass bei Eltern mit Abitur 61% der Töchter und 69% der Söhne auch Abitur machen, d.h. aber umgekehrt, 39% der Töchter machen kein Abitur, obwohl die Eltern Abitur haben und 31% der Söhne machen kein Abitur. Bei den Eltern ohne Abitur machen 31% der Töchter und 37% der Söhne Abitur. Viel mehr an Aufstieg und Abstieg kann man sich wegen der langfristig schon existierenden Selektion der bildungsnahen Schichten durch das Schulsystem wohl kaum vorstellen. Im gegliederten Schulwesen, das es nur in Deutschland und Österreich gibt, hat sich der Abiturientenanteil in den letzten Jahrzehnten verachtfacht. Ist das keine Leistung?

Wenn man das Modell „Neun plus Drei“ der schwarz-gelben Vorgängerregierung des Landes Nordrhein-Westfalen betrachtet, dann ist keine Schulform irgendeine Sackgasse, man kann auch als Hauptschüler und Hauptschulabsolvent über Einführungskurse, berufliche Gymnasien, Berufskollegs das Abitur machen und die allgemeine Hochschulreife erreichen. Vermutlich wird die Schulzeitdauer in Zukunft stärker differenzieren: Gymnasiasten machen nach zwölf, alle anderen nach dreizehn Jahren ihr Abitur. Da ich einmal sitzen geblieben bin (in der 9.Klasse), obwohl ich in der Grundschule als hochbegabt galt und eine Klasse übersprungen habe, erfüllt mich eine solche Perspektive keineswegs mit Grauen.

Trautwein, Baumert und Maaz haben 2007 geschrieben „An Hauptschulen konzentrieren sich solche Schülerinnen und Schüler, denen die relativ abstrakten akademischen Anforderungen, wie sie generell die modernen Schulen kennzeichnen, prinzipiell keine adäquaten Entwicklungsaufgaben und Kontexte bieten.“ (in:APUZ). Schöner kann man es nicht ausdrücken, es ist eine Frage der Eignung, auf welche Schule man kommt und Vorurteile gegenüber unterschiedlichen Eignungen sind das wirklich zu bekämpfende Übel der Schulstruktur.

Volkswirtschaftler aller Couleur finden allerdings das „Sitzen bleiben“ und alle Verlängerungen der Schulzeit volkswirtschaftlich schädlich. Dieses Argument „volkswirtschaftlich schädlich“ kann jeder nachvollziehen. Es ist so einfach wie dumm: Selbstverständlich sparen wir ordentlich Geld ein, wenn wir die Gefängnisse auflösen, selbstverständlich sparen wir ordentlich Geld ein, wenn wir das Wochenende, man bedenke: zwei freie Tage, abschaffen, selbstverständlich sparen wir ordentlich Geld ein und werden leistungsfähiger, wenn wir den Urlaubsanspruch halbieren usw.

Förderung durch Heterogenität

Vor wenigen Jahren noch gab es Menschen in dieser Republik, die Heterogenität als etwas Positives und Leistungssteigerndes empfunden haben. Die so getan haben, als wäre durch die Integration von Behinderten für alle ein Leistungsfortschritt zu erzielen oder durch das Zusammenlegen der Schulformen würde sich auf wundersame Art und Weise ein Leistungsfortschritt einstellen. Wir haben weiter oben schon darauf hingewiesen, dass ein solches Argument mittlerweile selbst von den Befürwortern des Zwei-Säulen -Modells bzw. Gesamtschulmodells nicht mehr verwendet wird. Was soll dann, wenn man die Idee auch weiter fortführt, die Auszeichnung einiger Universitäten als Exzellenzuniversitäten? Wäre es da nicht günstiger, sie mit den lokalen Fachschulen und Fachhochschulen zu einer Gesamthochschule zu integrieren? Heterogenität als ein beeinflussender Impuls würde also zu allerlei kuriosen und bizarren Formulierungen führen. Auch könnte man sich vorstellen, dass man die Heterogenitäten maximalisieren könnte, wenn

man die Hauptschüler ins Gymnasium integriert – oder die Berufsschulen in die Exzellenzuniversitäten.

Die Empirie der Heterogenität ist kariert, d.h. die Ergebnisse sind nicht immer eindeutig. Aber Metaanalysen etwa zu altersgemischten Gruppen zeigen, dass es keine kognitiven Unterschiede zwischen heterogenen und homogenen Gruppen gibt (Veenman, 1995) bzw. Gröhlich, Scharenberg und Bos (2009), die schreiben: „Mehrebenenanalysen ergeben, dass sich Leistungsheterogenität innerhalb von Lerngruppen nicht, d.h. weder positiv noch negativ auf den Lernerfolg von Schülerinnen und Schülern auswirkt“. Bei der oben zitierten Studie „MARKUS“ schien sprachliche Homogenität zumindest hoch leistende Schulklassen auszuzeichnen.

Das Ergebnis einer Null-Wirkung wird allerdings dann auch als ein Pro-Argument für Zusammenlegung von Schulformen gewertet. Das haben nicht die Untersuchungen getan, die ich gerade zitiert habe, aber das tun andere, Bildungs- und Schulpolitiker beispielsweise. Hiergegen sind ernsthafte Einwendungen empirischer Art zu machen: Es ist nicht kontrolliert worden, welche zusätzlichen Anstrengungen von Schülern und von Lehrern verlangt werden, wenn die Heterogenität sich vergrößert. Das ist so ähnlich wie bei der Forschung zur Bedeutung der Schulklassengröße: Auch hier stellt man fest, dass innerhalb eines gewissen Spielraumes die Schulklassengröße keinen wesentlichen Einfluss auf die Schulleistung hat. Aber gleichzeitig wird nicht kontrolliert, welche Anpassungsleistung die Schüler, die Mitschüler und auch die Lehrer leisten müssen, um diese Vergrößerung auszugleichen.

Eigentlich wäre diese Schlussfolgerung aus der Null-Differenz zwischen heterogenen und homogenen Gruppen ein echter Scherzbefund. Vergleichbar etwa jemandem, der untersucht, ob die Kinder in Familien mit fünf Kindern genauso satt werden wie Einzelkinder. Ergebnis: Die Kinder in Fünf-Kind-Familien sind genauso satt wie Kinder in Ein-Kind-Familien. Folgerung: Die Zahl der Kinder macht nichts aus. Dass die Eltern mit fünf Kindern deutlich mehr Anstrengungen, Geld und auch Arbeitsaufwand investieren müssen, um das Essen für alle bereitzustellen, wird hierbei unterschlagen.

Noch so ein Scherzbefund: Bei gleicher Ausgangsleistung z.B. in einem Mathetest entwickelt sich das auf eine Hauptschule geschickte Kind schlechter als das auf ein Gymnasium geschickte Kind. Auch bei diesem scheinbar eindeutigen Befund handelt es sich um einen zum Kurzschluss motivierenden Befund: er ist dumm geworden, weil er auf die Hauptschule kam.. Die Erklärung: Der Mathetest bei PISA misst eher Intelligenz. Da für die Schulleistung auch noch etwas anderes notwendig ist als reine Intelligenz (Wir dürfen nicht vergessen, dass auch in Hauptschulen hochintelligente Schüler verweilen) war also – so könnte man interpretieren- die Prognose der Grundschullehrkräfte richtig. Der auf die Hauptschule geschickte Schüler hatte diese Fähigkeiten nicht. Schulleistung hängt auch noch von anderen Faktoren ab, z.B. auch von der Bereitschaft, die schulischen Regeln einzuhalten, Hausaufgaben zu machen, sich ordentlich zu verhalten, sich interessiert zu zeigen etc. Dass auch manche, die hochbegabt sind, diese Anpassungsleistung an das Schulsystem nicht erbringen, ist ein interessanter Befund, der die Arbeit von Schulpsychologen wieder einmal sinnvoll machen würde.

Nicht korrigiert werden müsste die Aussage, dass es an der Hauptschule hochbegabte Kinder gibt. Darf es keinen Installateur geben, der einen IQ von 130 oder mehr hat? Muss jeder, der einen IQ von über 115 Punkten hat zwangsläufig als Experte für mittelenglische Literatur in einer Bibliothek enden? Oder mit der 115.Studie zu den bekannten Ursachen der Fremdenfeindlichkeit ruhig gestellt werden?

„Problemverdichtung“

Den durchschnittlichen Bildungsspießer nervt, dass sich in Hauptschulen angeblich eine Ansammlung von problematischen Schülern und Schülerinnen einfindet. Das stimmt zwar nicht, aber es sind problematische Schüler insofern, als sie die vom Bildungsdünkel hingehaltenen Hürden nicht überspringen wollen. Ihnen steht unter Umständen der Sinn nach „richtiger“, also „praktischer“ Arbeit. Aber selbst wenn wir eine Problemverdichtung von Schülern mit Zuwanderungshintergrund, von Schülern mit Verhaltensstörungen, von Schülern mit Lernbehinderungen usw. hätten, ist das Argument Problemverdichtung kein wirkliches Argument. Bei einem Dachdecker gibt es eine Problemverdichtung von Dachdeckungsproblemen, bei einem Installateur

gibt es eine Problemverdichtung für Installationsanlagen, bei der Polizei gibt es eine Problemverdichtung von Kriminalität. Es gehört zu einer arbeitsteiligen Gesellschaft, dass bestimmte Probleme und Problemgruppen auch von bestimmten Menschen, also Spezialisten, behandelt werden.

Die in diesem Argument zum Ausdruck kommende Philosophie der Verdünnung und Mischung, die dazu führen soll, dass die Probleme nicht mehr auffallen, ist ebenfalls sehr weit von der Praxis entfernt. Es gibt gewiss einige sozialisierende Einflüsse der Gleichaltrigengruppe, die es zu nutzen gilt. D.H. ein paar starke und gleichzeitig angepasste Klassenkameraden können ein normativ gewünschtes Klima schaffen und Abweichler positiv mitreißen - aber der Prozess kann auch umgekehrt laufen, als Negativanstellung der Guten. Das gilt für jede Schulform, zu jeder Zeit und so lange es Schule gibt.

Die Vokabel „Problemverdichtung“ ist im Grunde genommen sogar eine Negativumschreibung eines positiven Prinzips: der Individualisierung nämlich, die alle wünschen, ob sie Befürworter oder Gegner einer Reform der Schulstruktur sind. Problemverdichtung entsteht immer dann, wenn man auf den Einzelnen und seine Schwierigkeiten genauer eingehen will. Wir müssen Menschen haben, die sich mit diesen Problemen von Schülern und Schülerinnen beschäftigen. Und nicht auf eine unsicher garantierbare Problemverdünnung hoffen.

Freie Schulwahl

Ein Riesenproblem für jede Reform der Schulstruktur und auch für den Wettbewerb zwischen Schulen ist die freie Schulwahl der Eltern bzw. das freie Siedlungsverhalten. Das Siedlungsverhalten der Eltern bestimmt die Homogenität oder Heterogenität einer Schule. Nehmen wir einmal an, wir hätten nur Gesamtschulen. Dann wäre eine Gesamtschule im Essener Norden eine Hauptschule und eine Gesamtschule im Essener Süden ein Gymnasium. Die Schülerschaft wäre extrem unterschiedlich, in dem einen Fall würden Kinder aus problembelasteten Familien die Gesamtschule besuchen und in anderem Fall Kinder aus bildungsnahen Elternhäusern. Eine wirkliche Durchmischung, ein tatsächliches „gemeinsames Lernen“ kann also nur dann stattfinden, wenn man die freie Schulwahl

abschafft und die Schülerschaft zwangsweise zusammensetzt. Das wäre das Ende der freien Schulwahl, es würde unter Umständen mit dem Umzug in ein anderes Bundesland beantwortet werden oder mit Tausenden von Ausnahmeregelungen, warum ein Schüler XYZ nicht vom Essener Süden in den Essener Norden fahren möchte oder kann, bzw. es wäre mit einer erheblichen Investition in Schulbusse und deren Benzinverbrauch verbunden.

Dass Siedlungsmigration über die Bundesländergrenzen hinweg stattfindet, hängt auch von der unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklung verschiedener Regionen ab. Vor Jahren konnte etwa nachgewiesen werden, dass in bestimmten Regionen der Bundesrepublik der Durchschnitts-IQ deutlich niedriger ist als in anderen, in denen er überdurchschnittlich hoch ist (in APUZ). Die plausibelste Erklärung für diesen Befund ist, dass „die Intelligenz“ den Arbeitsplätzen hinterherfährt und so kommt es, dass etwa in Bayern und auch in gewisser Weise in Sachsen der Durchschnitts-IQ junger Männer deutlich höher ist als etwa in Ostfriesland oder Mecklenburg-Vorpommern. Warum regt sich niemand über diese regionale Ungerechtigkeit auf? Warum fordert niemand die Abschaffung der freien Wohnortwahl? Oder ein Umzugsprogramm: mehr Sachsen nach Ostfriesland – mehr Bayern nach Meck-Pomm...

Alternativen

Man sollte sich bei der Reform der Schulstruktur nach meinem Dafürhalten an der griechischen Mythologie orientieren: Ein derart komplexes System von Göttern, Untergöttern und Nebengöttern ist bewundernswert. Wir sind ohnehin alle verschieden, aber wir sind gleichwertig, wir müssen gegen Vorurteile kämpfen, aber die Verschiedenheit respektieren. Die Verschiedenheit ist kein Gefängnis, Menschen entwickeln sich und verändern sich im Laufe ihres Lebens, darauf muss jedes Schulsystem reagieren können. Eine moderne Gesellschaft benötigt sehr unterschiedliche Kompetenzprofile und darauf antwortet die Untergliederung des Schulsystems. Da sich Kompetenzprofile auch ändern und berufliche Anforderungsprofile genauso, weil sich die Wirtschaft ändert, muss ein Schulsystem flexibel darauf reagieren können.

Eine weitere Untergliederung des Schulsystems hätte auch segensreiche Wirkungen auf die Vorurteilsfreude der Bevölkerung: Wird das Schulsystem so weit untergliedert wie die griechische Götterwelt, dann weiß niemand mehr, wo oben oder unten ist. In einem Einheitsschulsystem mit seinem Zwang zur inneren Differenzierung erfährt es jeder täglich hautnah und bitter, wo er in der einen Hierarchie steht. Ich wage mal eine psychologische These: die Einheitsschule ist eine Mogelpackung der angeblichen „Gemeinsamkeit“ und befriedigt lediglich die unbewusste Sehnsucht der besseren Kreise nach den oberen Plätzen in dieser Hierarchie. Damit in „einer Schule für alle“ jeder sehen kann, wo er steht...

Was eine moderne Gesellschaft nicht vertragen kann, ist der Bildungsdünkel. In einer eigenen Studie bei sechseinhalbtausend Bundesbürgern konnte ich zeigen, dass die Beurteilung anderer Menschen in erster Linie mit seinem Bildungsabschluss, dann mit seinem Beruf, dann mit seinem Alter, dann mit dem Geschlecht, dann mit der Nationalität und in den seltensten Fällen mit der Religion begründet wird. Das gilt für viele unterschiedliche Berufe, die ich in dieser Studie untersucht habe. Auch wohlmeinende, sozial denkende Kollegen diffamieren wichtige, aber einfache Berufe: Straßenfeger, Menschen, die in Großküchen arbeiten, Hilfsarbeiter auf dem Bau usw. Sind diese Berufe nicht notwendig für das Wohlergehen einer Gesellschaft? Ja, sie sind es. Diese rhetorische Frage muss beantwortet werden, weil man hin und wieder in den Positionen unserer Zeitgenossen so etwas entdeckt wie: das ist doch kein anständiger Beruf, du willst doch nicht den Dreck anderer Leute wegmachen usw. Womit eine glasklare Diskriminierung einfacher Berufe verbunden ist. Und weil sie diskriminiert werden, bekommen sie weniger Geld. Es ist nicht der objektive Wert, den solche Berufe für die Gesellschaft haben, sondern ein symbolischer, ein durch Vorurteile gebildeter Wert. Wenn Straßenfeger vier Tage streiken, hat jede Stadt ein Problem – wenn Fakultäten für Germanistik vier Jahre streiken, gibt es keinerlei Auswirkung auf die Funktionsfähigkeit von Gesellschaften.

3.Fazit

Eine Reform der Schulstruktur ist aus meiner Sicht nicht notwendig, weil es sich um einen nebensächlichen Faktor handelt. Wenn aber Zusammenlegungen aus administrativen und finanziellen Gründen stattfinden sollten, so sind sofort wieder erhebliche innere Differenzierungen zu machen. Der Satz bleibt bestehen: Only

variety can destroy variety. Nur durch Vielfalt begegnen wir der Vielfalt. Wir brauchen keine Angst vor Zwergschulen, Verbänden, vor Home-Schooling, vor Fernstudien und vor Loopings (d.h. Lehrerkonstanz über mehrere Jahre) zu haben, insbesondere in ländlichen Gebieten. Hierzu noch ein Zitat von Trautwein, Baumert und Maaz aus dem Jahre 2007: „Zu den wichtigen Herausforderungen in einem wenig differenzierten Schulsystem gehört es, gerade auch für die leistungsschwächeren Schüler Selbstwert schützende Nischen zu schaffen. Je größer der Prozentsatz der Schüler ist, die eine bestimmte Schulform besuchen, desto größer ist der Bedarf an begabungsgerechten internen oder externen Differenzierungsformen.“ In USA werden Zwergschulen, wird das Looping, wird auch Home-Schooling viel ausführlicher diskutiert und untersucht als hierzulande. Interessanterweise sind die Ergebnisse für das Home-Schooling einer Untersuchung aus dem Jahre 1998 zufolge sehr positiv, d.h. sie übertreffen den nationalen Schnitt. Das liegt natürlich auch daran, dass zum Home-Schooling insbesondere bildungsnahe Elternhäuser zugelassen werden.

Gäbe es, am Ende gefragt, eine zur gegenwärtigen Schulstruktur mit ihrer Favorisierung der Zusammenlegung von Haupt- und Realschule alternative Lösung? Abgesehen davon, dass die aktuelle Durchlässigkeit des nordrhein-westfälischen Schulsystems wohl kaum verbessert werden könnte, gäbe es noch die Option einer inneren Schulreform, nämlich das Modulsystem. Es gäbe die Möglichkeit, dass man an allen Schulen durchaus ähnliche Module erwerben kann. Je nach Klientel bei der einen Schule mehr als bei der anderen. Ein Modul, das an einer Hauptschule gemacht wird, gibt es auch am Gymnasium. Am Gymnasium wird man es möglicherweise etwas schneller erwerben können, an der Hauptschule braucht man etwas länger dazu, aber beide wären in den Anforderungen und der Fähigkeit der Schüler am Ende der Absolvierung eines Moduls vergleichbar. Man müsste dann ein Portfolio-Zeugnis haben, man müsste an den Schulen auch Module erwerben können, die an der Universität anerkannt werden. Ein Gymnasiast könnte auch Module machen, die für typische Hauptschulberufe sinnvoll wären (z.B. komplizierte kleinmotorische Arbeiten in großer Höhe). An jeder Schule sind prinzipiell alle Module absolvierbar, jeder Beruf kann meisterlich und auch akademisch werden, auch das wäre geschichtlich keine Novität. Es gab schon Universitäten für Friseure in Paris etc. Die berufliche Bildung und die Universität könnten stärker verzahnt werden. Es

gäbe genügend Alternativen zur aktuell verengten und verfestigten Diskussion um die Zusammenlegung von Hauptschule und Realschule. Übrigens: Warum legt man die Hauptschule nicht mit der Gesamtschule zusammen?

Und noch einen nachdenkenswerten Impuls - dessen Autor ich mal nicht nenne, um ihn zu schützen. Es handelt sich um einen Leserbrief in einer deutschen Zeitung vom Juli 2010: „ Längeres gemeinsames Lernen findet in vielen Ländern mit guten Ergebnissen statt, ohne einen ideologisch begründeten sozialen Ausgleich im Mittelpunkt. Es geht vielmehr um individuelles Fördern auch der leistungsstarken, auch in Gruppen. Der Ertrag eines solchen Systems ist die höhere Akzeptanz von Unterschieden, nicht ihre Einebnung. Auch in Finnland gibt es Menschen, die als Ingenieure arbeiten, und solche, die den Müll entsorgen.“ Mit anderen Worten und im Klartext: unsere NRW Bildungsmittelschicht will das „längere gemeinsame Lernen“, damit die schulisch Schwachen hautnah einsehen, dass andere besser sind und sie folglich bescheidener werden müssen.

Sanfter Weg in eine neue Schullandschaft?!

Grün-rote Strategie zur Überwindung von Schulvielfalt und zur Verwässerung der Schulqualität

Man darf sich nicht täuschen. Schulpolitikerinnen und –politiker der neuen Landesregierung beschwören den Konsens und die Einbindung aller gesellschaftlicher Kräfte bei den schulpolitischen Entscheidungen. Die Schulministerin spricht von einem „sanften Weg“, von evolutionärer und nicht revolutionärer Schulpolitik, von einer Ermöglichungsstrategie und dem Wachsen einer Schulstruktur „von unten“. Nichts werde zentral übergestülpt, die Kommunen würden die gewünschte Schulveränderung von sich aus schon beantragen und man praktiziere eine Politik der Flexibilität. Sind also die Pläne weitaus weniger dramatisch als erwartet? Die Schulentwicklung eher auf einem behutsam-vorsichtigen Kurs?

Die Beschwichtigungslyrik überdeckt jedoch die knallharten und alles andere als harmlosen Ziele. Die bisherige Schulvielfalt soll durch eine einzige Schulform, die Gemeinschaftsschule, ersetzt werden. Bisherige Schwerpunkte und Akzente wie beispielsweise an Schulqualität orientierte Standardsetzungen und eine Stärkung der Erziehungsfunktion werden beispielsweise ersetzt durch Gemeinsames Lernen, Demokratisierung der Schule und Schule als Lern- und Lebensort.

Der Weg der grün-roten Schulpolitik sei an wenigen Querschnittsthemen exemplarisch beleuchtet:

1. Das Schaffen von schulstrukturellen Fakten bei gleichzeitiger Abgabe der Verantwortung an die Kommunen

Mit der Ansage, dass in den nächsten fünf Jahren mindestens 30 Prozent der weiterführenden Schulen in Gemeinschaftsschulen umgewandelt werden sollen, ist die Plangröße vorgegeben. Dies würde mehr als 700 weiterführende Schulen betreffen. Erreicht diese Botschaft erst einmal die Einzelschule, werden Unsicherheit und Angst die Schulaktivitäten prägen. Gerade dann, wenn die Zügigkeit der Schulen aufgrund des Schülerrückgangs Sorgen aufkommen lässt und Kommunen den Entzug finanzieller Zuwendungen fürchten, dürfte die Unruhe vor Ort wachsen und an nicht wenigen Stellen im Land die Frage aufkommen, ob es noch Sinn macht, am Profil der eigenen Schule zu arbeiten oder ob man sich nicht von vornherein als Gemeinschaftsschule andienen sollte.

Das Schulministerium entzieht sich bei dieser Frage seiner eigentlichen Verantwortung für das Schulsystem in Nordrhein-Westfalen. Mit dem Hinweis darauf, dass auch bisher schon unterschiedliche Angebote im Land gemacht werden und ebenfalls nicht an jeder Stelle alles angeboten werden kann, werden künftig die Kommunen im Konsens oder im Dissens untereinander das Schulangebot vor Ort verantworten. Wer bisher über eine vielfältige Struktur klagte, wird morgen mit einer unüberschaubaren Zahl von unterschiedlichen Schulformangeboten konfrontiert sein. Genehmigungsvorbehalte dürften bei weiteren Schulformen mit unterschiedlichstem Angebotsprofil entfallen. Das Chaos ist vorprogrammiert – vielleicht sogar bewusst provoziert. Gemeinschaftsschulen entstehen und werden in additiver oder integrativer Form ab Klasse 7 geführt. Sie besitzen eine Anbindung an eine Oberstufe, so dass die Option des Abiturs Eltern wie Schülerinnen und Schülern zugesagt werden kann.

„Damit die Kommunen sich aber auf diesen Weg einlassen, werden sie bei ihrer Schulentwicklungsplanung aktiv beraten“, so der Koalitionsvertrag. Im Übrigen können neue Schulen in der Regel nur als Gemeinschaftsschulen gegründet werden.

2. Die Praxis der Bevorzugungs- und Benachteiligungspolitik

Bereits im Wahlprogramm der GRÜNEN hat man keinen Zweifel daran gelassen, dass die Gemeinschaftsschulen mit „Anreizen“ versehen werden. Dies wird eine der wesentlichen strategischen Vorgehensweisen sein, der neuen Schulform Vorteile zu verschaffen und die alten, bisherigen Schulformen letztlich als ungeliebte Kinder allenfalls noch durchzufüttern.

Klassen mit nicht mehr als 25 Schülerinnen und Schülern sind ausschließlich für die Gemeinschaftsschule vorgesehen. Begründet wird diese Ungleichbehandlung damit, dass diese Schule Bildungsgänge des gegliederten Schulsystems organisatorisch und pädagogisch in sich vereint und diese Schule integrativ arbeitet. Daher wird auch nur dieser Schulform automatisch der Ganztag zugesprochen. Sog. GU-Stellen, d. h. Lehrerstellen für den Gemeinsamen Unterricht mit behinderten Kindern werden im Koalitionsvertrag ausdrücklich den Gesamtschulen zugebilligt. Zu erwarten ist, dass Fort-, Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote schwerpunktmäßig den Kolleginnen und Kollegen der Gemeinschaftsschulen eröffnet werden. Ausdrücklich werden Gemeinschaftsschulen in ihrer Arbeit unterstützt.

3. Die Umsetzung einer Manipulationspolitik

In dem Gesetzesentwurf von SPD und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN (07.07.2010, Drucksache 15/24) wird den Kommunen ein Instrumentarium an die Hand gegeben, künftig effizient und zielsicher die Schülerströme von einer Schulform zu anderen umlenken zu können. Im Antragsentwurf heißt es: „Für jede öffentliche Schule kann der Schulträger durch Rechtsverordnung ein räumlich abgegrenztes Gebiet als Schuleinzugsbereich bilden.“ Während noch in der Öffentlichkeit spekuliert wird, ob die Wiedereinführung von Schuleinzugsbezirken für Grundschulen und Berufskollegs Sinn macht oder ob sich der Wegfall in den letzten fünf Jahren wirklich als problematisch erwiesen hat, geht die neue Landesregierung hin und eröffnet diese Eingriffsmöglichkeit sogar für jede (!) öffentliche Schule. Das Tor zur Steuerung vor Ort wird weit aufgestoßen.

Die Schulen in privater Trägerschaft werden in den Umwandlungsprozess der Schulstruktur in Nordrhein-Westfalen hineingezwungen. Die Diktion im Koalitionsvertrag ist bezeichnend: Sie „müssen ihren Beitrag zu Chancengleichheit, zu sozialer Gerechtigkeit und Inklusion leisten.“ Geschieht dies eben nicht im Sinne der schulpolitischen Linie der Landesregierung, so sind die Folgen in Kauf zu nehmen. Die gewünschte Schulentwicklung vor Ort wird zusätzlich dadurch begünstigt, dass man die Drittelparität wieder in den Schulkonferenzen der weiterführenden Schulen etabliert. Damit können Eltern- und Schülervertreter das Votum der Lehrerinnen und Lehrer überstimmen. Begründet wird dies mit der erforderlichen Demokratisierung von Schule und der gleichberechtigten Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Macht es Sinn, ernsthaft Schülerinnen und Schülern die gleiche Verantwortung wie Lehrerinnen und Lehrern für die pädagogische Arbeit und die Ausgestaltung der Schule zuzusprechen?

Weitere Schritte zur Überwindung der Schulvielfalt werden dadurch eingeleitet, dass man das erst vor einem Jahr in Kraft getretene Lehrerausbildungsgesetz „zügig und gezielt“ überarbeitet. Die Lehrerausbildung, die bisher auf Schulformen hin ausgerichtet war, soll sich demnächst an „Lernphasen“ ausrichten. Unmissverständlich formuliert der Koalitionsvertrag, dass in der Lehrerausbildung „die Schulformbarrieren auch hier überwunden werden“ müssen. Ebenso wird eine Reform der Schulaufsicht in Aussicht gestellt. Sie müsse sich „an den neuen Erfordernissen“ ausrichten. Zur Neutralisierung der bisherigen schulformbezogenen Elternvertretungen kündigt der Koalitionsvertrag an, eine „demokratisch von den Kommunen bis zur Landesebene aufgebaute Landeselternvertretung“ zu schaffen.

Die häufige Erwähnung der Gesamtschulen und der Hinweise darauf, den zuletzt gegründeten Gesamtschulen schnellstmöglich den Ganztagsbetrieb zu genehmigen, deuten darauf hin, dass für diese Schulform de facto – anders als für alle anderen – eine Bestandssicherung gegeben ist.

4. Die Aushöhlung der Standards

Für die Qualitätssicherung in den Schulen sind die Vorgaben der rot-grünen Vereinbarung einschneidend. Die Grundschulgutachten sollen entfallen und gleichermaßen der Prognoseunterricht. „Jede Schule muss alle einmal aufgenommenen Schülerinnen und Schüler zu einem Abschluss führen. Ein Wechsel der Schulform ist nur noch auf Antrag der Eltern möglich.“ Damit entfällt die Möglichkeit, bei dem Nicht-Erreichen schulischer Qualitätsstandards einen Schulformwechsel gegen den Willen des Betroffenen vorzunehmen. Gleichzeitig wird eine Abschluss-Garantie von Seiten der Schule ausgesprochen.

Schulpolitikerinnen und -politiker der GRÜNEN formulieren an dieser Stelle gerne den Satz, dass künftig nicht die Schüler zur Schule passend gemacht werden dürfen, sondern die Schule sich den Schülerinnen und Schülern anpassen müsse. Im März des vorigen Jahres äußert Schulministerin Sylvia Löhrmann: „Die Schulen selbst müssen leistungsstark sein, damit endlich Schluss ist mit den Schulversagern bei etwa 20 Prozent der Jugendlichen. Und ich sage ausdrücklich Schulversagen und nicht Schülerversagen.“ Damit wird also die Verantwortung für das Leistungsvermögen der Schüler künftig den Lehrerinnen und Lehrern zugewiesen.

Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang auch ein Passus im Parteitagbeschluss der GRÜNEN vom 06./07.02.2010: „Wir wollen auch dort eingreifen, wo das System Schule selbst potenziell Gewalt auslöst, wenn es Schülerinnen und Schüler beschämt und demotiviert. Deshalb müssen Klassenwiederholungen, Notendruck und Abschulungen ein Ende haben“. So ist damit zu rechnen, dass künftig vergleichbar der Praxis an Gesamtschulen Klassenwiederholungen nur noch freiwillig möglich sind. Ein Beitrag zur Stabilisierung bzw. gar zur Erhöhung von Schulqualität?

5. Die Zersplitterung des gymnasialen Bildungsganges

Die grün-rote Schulpolitik verabschiedet sich von der von ihr selbst beschlossenen und damit zu verantwortenden Schulzeitverkürzung an Gymnasien. Künftig sollen Schulkonferenzen in Abstimmung mit Schulträgern bereits für das Schuljahr 2011/2012 entscheiden, ob sie das Abitur zukünftig nach 12 oder nach 13 Jahren anbieten.

Blickt man auf die Folgen des Wegfalls einer verbindlichen Grundschulempfehlung, dann könnte das künftige Schülerklientel ein Indiz dafür sein, dass manche Gymnasien das Erreichen ihrer Ziele nicht mehr in einem G8-System als realistisch einschätzen. Sie aber laufen bei einer Rückkehr zu G9 Gefahr, die ersten zu sein, die wegen des strukturellen Gleichklangs bis zum Ende der 10. Klasse in Gemeinschaftsschulen umgewandelt zu werden. Auch ist nicht auszuschließen, dass ihre Oberstufen

Begehrlichkeiten der Verzahnung und der Oberstufenzentren-Bildung provozieren könnten. Andererseits deutet manches darauf hin, dass die Unterstützung für die G8-konzipierten Gymnasien in den nächsten Jahren deutlich zurückgefahren werden könnte. Nicht nur ist die emotionale Aufgeladenheit gegenüber dem „Turbo-Abitur“ Anlass bei vorgegebener Drittelparität in der Schulkonferenz ggf. einen schulpolitisch gewagten Beschluss zu fassen, andererseits könnte die Existenzangst wegen rückläufiger Schülerzahlen den ein oder anderen veranlassen, die Flucht nach vorne zu ergreifen.

Letztlich werden die Gymnasien nur eine Chance haben, ihre Qualitätsstandards zu halten, zu sichern und mit einer Stimme in der Öffentlichkeit aufzutreten, wenn sie sich nicht zersplittern und entzweien lassen. Man weiß um das Prinzip „divide et impera“. Aber man weiß auch, dass die im Volksentscheid in Hamburg gezeigte Geschlossenheit ungeheuerere Kräfte mobilisiert und gegen den Willen von Eltern, Schülerinnen und Schülern sowie Lehrerinnen und Lehrern die Gymnasien nicht zerschlagen werden können. Das allerdings ist keine Garantie dafür, dass nicht, wie früher häufiger erfahren, Gymnasien in der Schulpolitik benachteiligt werden und gerade in der personellen und technischen Ausstattung ausgehungert werden könnten.

Die Attacken gegen die Gymnasien erfolgen schon jetzt in sehr sublimen Form. Man unterstellt ihnen, so Schulministerin Sylvia Löhrmann in einem FAZ-Interview vom 12.07.2010, dass sie sich bisher ihrer „sozialen Verantwortung“ entzogen haben. Die Gymnasien ruhten sich „auf ihren Lorbeeren“ aus und übernahmen keine „Verantwortung für jedes aufgenommene Kind“ (Rheinische Post-Interview vom 21.07.2010) Mit der Behauptung, dass die Gymnasien von sich aus die Schulzeitverkürzung als Abkopplung von anderen Schulformen gewollt haben, werden sie nunmehr wie Kinder, die sich daneben benommen haben, an ihre Verantwortung erinnert, gemahnt und getadelt, sich bisher Erziehungs-Herausforderungen entzogen zu haben. Die soziale Integrationsleistung der Gymnasien in Deutschland in den letzten Jahrzehnten wird dabei ebenso ausgeblendet wie das unumstritten gute Abschneiden bei den nationalen und internationalen Leistungsvergleichen.

6. Die Rückabwicklung begonnener Schulreformen und der Abschied von Wahlversprechen

Noch ist nicht absehbar, welche Auswirkungen die ersten schulpolitischen Korrekturmaßnahmen der neuen Landesregierungen in den Schulen haben werden. Mit der Abschaffung der Verbindlichkeit der Kopfnoten, dem Unterlaufen der Schulzeitverkürzung, dem Aufheben des früheren

Einschulungsalters, dem Ersetzen der „Eigenverantwortlichen Schule“ wieder durch die „Selbstständige Schule“ wird, dem Außer-Kraft-Setzen der Grundschulgutachten, dem Streichen des Prognoseunterrichts und der Wiedereinführung der Drittelparität wird das Signal gegeben, dass nach jeder Landtagswahl einschneidende Korrekturen vorgenommen und pädagogische Richtungen völlig umkehrende Entwicklungen auf die Agenda gesetzt werden.

Pädagogisch-kontinuierliche Arbeit wird damit über einen längeren Zeitraum unmöglich gemacht. Unsicherheit und Unruhe werden in die Schulen getragen und pädagogische Maßnahmen haben allenfalls eine Chance, für wenige Jahre in Kraft zu treten.

Welchen Sinn macht es beispielsweise, die Verantwortung dafür, ob Aussagen zum Arbeits- und Sozialverhalten gemacht werden, in die Verantwortung einer einzelnen Versetzungs- bzw. Zeugniskonferenz zu legen? Was für ein pädagogischer Wildwuchs wird damit provoziert? In welche Argumentationsnöte kommen ggf. Schülerinnen und Schüler in Einstellungsgesprächen gegenüber Arbeitgebern?

Mit Unverständnis reagiert der Leser des Koalitionsvertrages darauf, dass nicht zuletzt wegen der Schwerpunktsetzung in der Schulstruktur kaum konkrete Angaben zur Verbesserung der Unterrichtssituation gemacht werden. Das Wort „Lehrereinstellung“ kommt im Koalitionsvertrag nicht vor. Über das Problem des Lehrerarbeitsmarktes und der damit verbundenen fachspezifischen Engpässe wird kein Wort verloren. Die Thematik des noch immer bestehenden Unterrichtsausfalls bleibt ebenso wie die notwendige Unterstützung durch Schulpsychologen, Sozialarbeiter und Schulverwaltungsassistenten im Koalitionsvertrag unerwähnt. Ist es Zufall, dass im Schulkapitel des Koalitionsvertrages der Begriff Leistung nur einmal in der Formulierung „...setzen wir auf (...) leistungsstarke Schulen ...“ vorkommt? Nur vage Hinweise finden sich darauf, dass in Kommissionen über Besoldungs- und Arbeitszeitfragen künftig entschieden werden soll.

Zurück bleibt ein Unbehagen über die schulpolitischen Leitvorgaben. Die Ankündigungen sind weder harmlos noch ungefährlich. Die „Philosophie“ der neuen Schulpolitik ist nicht auf Erhöhung der Schulqualität hin ausgerichtet. Vielmehr hat man den Eindruck, dass die Durchsetzung der Gemeinschaftsschule als Strukturvorgabe sämtliche anderen schulpolitischen Themen an den Rand drängt. Das ist ernüchternd und mit Blick auf den Ausgang des Volksentscheids in Hamburg eine Entwicklung, die Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer nicht zufrieden stellen kann.

Podiumsdiskussion 20. Juli 2010 in Bielefeld:

Streitthema Schulsystem: Vergleich der Lernergebnisse
- im gegliederten Schulsystem
- in der Einheitsschule

Vortrag Regine Schwarzhoff, Landesvorsitzende des Elternvereins Nordrhein-Westfalen, Mitglied seit 1989, Mutter von drei Kindern, seit 2001 Jurorin beim Deutschen Hauptschulpreis „Starke Schule“

Unter Rücksicht auf die vielen schon genannten Aspekte der Fragestellung Gegliedertes Schulwesen oder „Gemeinschaftsschule“, wie sie ja jetzt vorzugsweise genannt wird, möchte ich nur ein paar wenige Punkte hinzufügen. Gern würde ich diese besonders der ersten Referentin Frau Paul direkt vortragen und bedauere es außerordentlich, daß sie so früh gegangen ist.

Darüber, daß Investitionen in Bildung immer lohnender als spätere Reparaturmaßnahmen sind, werden wir uns alle schnell einigen können, nehme ich an. Deshalb frage ich mich aber, ob Frau Paul nicht den Vorgaben ihrer politischen Vorgänger zu sehr verhaftet ist, wenn sie so kompromißlos für die flächendeckende Einführung der „Gemeinschaftsschule“ eintritt.

Ihre positive Haltung zu der von der rot-grünen Minderheitsregierung angestrebten Einheitsschule mit eigenen Erfahrungen als Schülerin der bischöflichen katholischen Friedensschule in Münster zu begründen, zeugt zumindest von großer Naivität, denn diese Institution hat bekanntlich eine außerordentliche Sonderrolle in Ausstattung, Umfeld, Schülersauswahl, Führung und Qualifikation, die nicht auf andere Gesamtschulen zu übertragen ist. **Erwiesen ist, daß unsere Gesamtschulen gerade die Schülerklientel, um die es den jetzt Regierenden angeblich geht, am schlechtesten unterstützen und fördern, daß dort außerdem auch die stärkeren Schüler zu kurz kommen.**

Wir haben eine Schulform, in der wir die angeblichen Segnungen der Gemeinschaftsschule und deren Auswirkungen seit jeher an allen Kindern erproben: die Grundschule. Dort sind alle Kinder gemischt in einer Klasse versammelt und haben reichlich Gelegenheit, gemeinsam, voneinander und miteinander zu lernen. Leider müssen wir jedes Jahr erfahren, daß es Kinder aus weniger bildungsbewußten Familien gibt, die nicht etwa vom Zusammensein mit schneller Lernenden profitieren, sondern dadurch beschämt, entmutigt und demotiviert werden. Diese Beobachtung gibt es flächendeckend in nahezu jeder Grundschulklasse! Leider gibt es sogar mitunter Lehrkräfte, die diesen Effekt noch verstärken, statt ihn abmildern zu helfen.

Weiter gibt es die eindeutige Beobachtung, daß genau diese Kinder in der 5. Klasse aufleben, wenn sie unter ähnlich begabten und interessierten Mitschülern plötzlich die Entdeckung machen, daß sie nicht mehr immer zu den letzten, langsamsten, „dümmsten“ gehören, sondern durchaus etwas leisten. Gerade für diese Kinder ist eine Hauptschule die Rettung, weil sie durch diesen Effekt eine

selbstwertschützende Funktion hat. Das ist wissenschaftlich belegt und wird mir zudem bei all meinen häufigen Hauptschulbesuchen geschildert und immer wieder am Elterntelefon des Elternvereins bestätigt. An Einheitsschulmodellen wie der in NRW geplanten oder der Hamburger Primarschule wird diese „Rettung“ der Kinder um kostbare Jahre verschoben, falls sie dann überhaupt noch möglich ist (nicht von ungefähr hat man in Niedersachsen die Orientierungsstufe für die Klassen 5 und 6 vor wenigen Jahren abgeschafft). Hier für Hauptschulen den Begriff „Restschule“ zu verwenden, wie Frau Paul es auch heute getan hat, ist diskriminierend, unwürdig und empörend! Vergleichen wir doch mal die Wahlerfolge einiger „Restparteien“ mit den Schülerquoten unserer Hauptschulen!

Gleichzeitig beobachtet man schon in der Grundschule, wie Kinder, die dauerhaft geistig hungern, in die innere Emigration gehen und trotz besonders guter Begabungslage entweder verhaltensauffällig werden oder Lernbehinderungen entwickeln, unter Umständen beides. Wenn wir heute zunehmendes Analphabetentum beklagen müssen, entstehen diese Defizite ja nicht an der weiterführenden Schule, also durch die sogenannte „Frühselektion“ der Schnellen von den Schwächeren, wie oft vorgegaukelt wird, sondern hier sind schon viel früher die Kulturtechniken nicht zuverlässig vermittelt und gefestigt worden – deutsch lesen und schreiben lernen gehört nun mal in die Grundschule.

Ein weiteres Problem stellt der Umgang mit behinderten Kindern dar: Mit dem Stichwort „Inklusion“ erheben Grüne, Rote und Linke die als selbstverständlich hingestellte Forderung nach Abschaffung der Förderschulen. Wie sollen aber die hochqualifizierten Förderschullehrer, die jeder auf zwei von den sieben verschiedenen Förderschwerpunkten spezialisiert sind, so auf die Regelschulen verteilt werden, daß sie jedem einzelnen Förderschüler die heutzutage gewährleistete, seinem festgestellten Bedarf entsprechende Förderung weiterhin sicherstellen können? Und wer hat denn die Eltern gefragt, ob sie alle ihr betroffenes Kind in die Regelschule geben wollen? Die UN-Konvention, auf die man sich dabei stützt, ist vorrangig an die Staaten gerichtet, in denen es für Behinderte gar keinen Zugang zu Bildung geschweige denn eine Schulpflicht gibt, wie sie in Deutschland seit vielen Jahrzehnten etabliert und durch die außerordentlich differenzierte Qualifikation der Lehrkräfte und der Schulen vorbildlich gesichert wird. Außerdem wurde diese Konvention verfälschend ins Deutsche übertragen – ich vermute, nicht ohne politische Absicht. Entsprechend hält die nicht autorisierte deutsche Fassung, die außer Deutschland noch Liechtenstein, Österreich und die Schweiz anerkannt haben, einem Vergleich mit dem englischen Original nicht stand und wird noch dazu bei uns gezielt fehlinterpretiert. Soviel zur Wahrhaftigkeit unserer Bildungspolitik.

Aber Frau Paul steigerte ihre Schulsystemschele noch: das „Schulsystem bestimmt den Lebensweg“, habe ich als wörtliche Äußerung notiert. Wo, bitte, leben Sie, Frau Paul, daß Sie noch nie von den Hauptschulabsolventen gehört haben, die anschließend Abitur machen und studieren? Oder von den Realschülern, die ohne jedes Hindernis ins Gymnasium wechseln? Oder von den Handwerksmeistern, die ihr eigener Chef sind und später studierter Diplom-Ingenieur? Der Fleiß, die Motivation und die Einsatzbereitschaft bestimmen den Lebensweg! In unserem Schulsystem

kann jeder etwas werden, der sich anstrengt und tüchtig ist. Von den Fertigkeiten, die die Begabteren oder auch die „Überflieger“ erwerben, profitiert hinterher die gesamte Gesellschaft, der ihre Erfindungen, Erfolge und Arbeitsergebnisse zugutekommen. Also lohnt es sich, auch ihnen soviel geistiges Futter zu gönnen und zu vermitteln, wie sie irgend verkraften können.

Gefährlich wird es bei den Plänen der Landesregierung, die eigene Verantwortung einfach an die unteren Instanzen abzuschieben. Mit schönfärbenden Ausdrücken wie „Schulentwicklung vor Ort“, Anpassung an „regionale Gegebenheiten“, kein „Diktat“ der Schulpolitik, sondern „offener Prozeß“ – ich habe sehr gut zugehört – soll dieser Rückzug aus der Verantwortung hübsch verschleiert werden. Gleichzeitig wird mit Einführung der sogenannten „Drittelparität“ in den Schulkonferenzen, also gleicher Stimmenzahl für Lehrkräfte, Eltern und Schüler, die Entscheidungsmacht vor Ort in die Hände derer gelegt, die am leichtesten fehlerzuleiten und zu manipulieren sind. Die Lehrkräfte und die Schulleitung sollen die Verantwortung tragen, aber entscheiden sollen mehrheitlich Schüler und Eltern! Bei dem heutigen Engagement auch vieler Eltern, was die Beschaffung von Hintergrundwissen und ausgewogenen Informationen betrifft, eine dramatische Entgleisung – Schule ist nach der Verfassung schließlich immer noch hoheitliche Institution mit staatlichem Bildungsauftrag und Teilnahmepflicht! Hier entlarvt sich das Dilemma dieser Minderheitsregierung, die keinen Wählerauftrag zum Umbau des Schulsystems hat und dieses Ziel dennoch gegen alle Widerstände und sogar gegen die eigene Basis durchsetzen will. Immerhin hat im April 2010, also kurz vor der NRW-Landtagswahl, eine Forsa-Umfrage belegt, daß nicht einmal die erklärten Anhänger der Links-Partei mehrheitlich die Einführung „einer Schule für alle“ befürworten – 57% sind dagegen, die Anhänger der Grünen sprechen sich zu 65% dagegen aus, die der SPD gar zu 71%!

Zum Abschluß sei Ihnen, Frau Paul, auch wenn Sie nicht mehr zuhören, ins Stammbuch geschrieben: „Chancengerechtigkeit“, die Sie hier fordern, besteht längst im vorhandenen System! Wo sie nicht gewährleistet wird, liegt es an Unzulänglichkeiten der Menschen, die an diesem System beteiligt sind, Eltern, Familien, Lehrkräften, Lebensgewohnheiten, kulturellem Hintergrund, ideologischer Verblendung. Daran müssen wir arbeiten und an unserer Sozialpolitik, aber nicht durch eine Zerstörung unserer Schulvielfalt!

Nachwort

Zu den Ausführungen der Grünen-Politikerin Josefine Paul muss ich als konservativ-christlich engagierter Bürger sagen, dass es mich besonders gefreut hat, dass sie nachdrücklich die Notwendigkeit der schulischen Vermittlung „geschlechtersensibler Kompetenzen“ betont hat. Es ist für einen Christen, der die Bildung und Erziehung der jungen Generation im Blick auf das von Gott gegebene und kulturkreisübergreifend eindeutig feststellbare Wesen des Menschen für unverzichtbar hält, unerträglich, wenn maßgebliche, sich christlich nennende Politiker den Geschlechterunterschied als bloß erziehungsbedingt ansehen (obgleich das Geschlecht schon im frühesten Stadium des Embryos festgelegt ist) und die Familien- und Bildungspolitik entsprechend bestimmen und meinen, auf eine angemessene Förderung und Bewertung spezifisch weiblicher Fähigkeiten und Leistungen verzichten zu können. Wir sollten doch froh sein, dass Mädchen trotz dauernder Indoktrinationsversuche sich weit überwiegend für pflegerische, soziale, erzieherische oder ästhetisch-gestalterische Berufe entscheiden, Jungen dagegen für Maschinenbau, Elektrotechnik, Mechatronik. Der Barmherzige Samariter hätte nach meinen Erfahrungen eher eine Frau sein können.

Die von der neuen Landesregierung geplante Abschaffung der Kopfnoten ist dagegen eine erhebliche Ungerechtigkeit. Das Zeugnis soll vor allem den Eltern die Leistungen und Fehlleistungen ihres Kindes dokumentieren. Es ist eine schwerwiegende Fehlleistung, wenn ein Schüler durch bewusste und hartnäckige Störungen die Lernmöglichkeiten und die Bildungschancen der ganzen übrigen Klasse erheblich beeinträchtigt.

Wenn die Grünen sich verstärkt um schulische Ganztagsangebote bemühen wollen, so ist das zu begrüßen, sofern diese Angebote frei sind, damit die Schüler zur individuellen Gestaltung des Nachmittags die schulischen Einrichtungen wie Bibliotheken, Musik- und Sporteinrichtung zum Teil mit fachkundiger Leitung nutzen können.

Die neue Landesregierung will die Entscheidungskompetenz über die Dauer des gemeinsamen Lernens nach unten verschieben, d. h. jede Kommune, ja jede Schule soll selber darüber entscheiden, nichts werde zentral übergestülpt. Peter Silbernagel bezeichnet das als „Beschwichtigungslyrik.“ Das bedeutet, dass immer wieder vor Ort diese Schulstrukturdebatte geführt werden muss und bei Verwirklichung der rot-grünen Ziele völlig unterschiedliche Schulen die Folge sind mit völliger Verunsicherung der Eltern bei der Schulwahl für ihre Kinder und etwa ein Wohnortwechsel verheerende Folgen für die Kinder hätte. Peter Silbernagel stellt fest, dass bei dieser Frage das Schulministerium sich seiner Verantwortung entziehe,

wenn es die Entscheidung formal nach unten verlagert. „Das Chaos ist vorprogrammiert“.

Bei Hauptschule, Realschule, Gymnasium weiß jeder, was gemeint ist, wobei allerdings die Hauptschule vielerorts deutlicher praktisch-handwerklich profiliert werden müsste und bei der Aufnahme die Schüler bestimmte Mindeststandards an Lernfähigkeit erfüllen müssen, besonders was die Beherrschung der deutschen Sprache anbetrifft und ein Gemeinschaft und überhaupt Lernen ermöglichendes Verhalten. Beim Stichwort „Inklusion“ wird einfach nur undifferenziert von Behinderung geredet. Dabei besteht ein himmelweiter Unterschied, ob ein Schüler geistig oder körperlich behindert ist. Ein körperlich Behinderter kann durch die verstärkte Konzentration seines Lebensgefühls auf den mentalen Bereich bei der Lernfähigkeit den Durchschnitt überragen.

Wenn die neue Landesregierung heterogen zusammengesetzte Klassen erstrebt, dann wär doch die frühere ein- oder zweiklassige Dorfschule die optimale Lösung, zumindest für den ländlichen Raum. Für die Grundschule erwägenswert, z.T. sogar Realität.

Peter Silbernagel ergänzt die recht lückenhaften Ausführungen dieser Kurzfassung des Vortrags von Josefine Paul mit vielen destruktiven Einzelheiten der schulpolitischen Ziele der rot-grünen Landesregierung. Er zeigt, mit welchen finanziellen, materiellen, personellen und strukturellen Maßnahmen die Einheitsschulen bevorzugt und die Schulen des gegliederten Systems unterdrückt werden.

Die Sorgen der Eltern, die für ihre Kinder das beste wollen und von öffentlich-rechtlichen Medien, denen sie meinen vertrauen zu können, in die Irre geführt werden, interessieren viele Politiker weniger als die Umsetzung der eigenen Ideologie; ihre eigenen Kinder schicken sie lieber auf Schulen des gegliederten Systems. Zum Glück haben wir Regine Schwarzhoff, die nicht nur die Sorgen und Erwartungen der Eltern artikuliert, sondern einen Erfahrungsbereich einbringt, den wir immer schon zur Verfügung gehabt haben, auf den aber sonst kaum jemand in der aktuellen Schulstrukturdebatte zurückgreift: Die Grundschule. Sie spricht von Beschämung, Entmutigung und Demotivation der langsamer Lernenden, die dann aber regelrecht aufleben, wenn sie unter ähnlich begabten und interessierten Mitschülern sind; „Gerade für diese Kinder ist die Hauptschule die Rettung, weil sie durch diesen Effekt eine selbstwertschützende Funktion hat.“ Das sei nicht nur wissenschaftlich belegt, sondern werde ihr immer wieder bei Hauptschulbesuchen und am Elterntelefon des Elternvereins bestätigt.

Die wissenschaftlichen Belege für diese Bedeutung der Hauptschule und ihrer Bildungsinhalte bringt Rainer Dollase. Dabei bezieht er sich nicht nur auf eigene Untersuchungen, sondern präsentiert auch die Ergebnisse anderer Forscher. Aber Fakten sind Ideologen offensichtlich egal und auch das Wohl der Menschen. Sonst

würden sie ihre Energie vielmehr auf die Verbesserung des Ansehens und der Bewertung der Arbeit verlegen, die in der Regel Hauptschulabsolventen erbringen, handwerkliche und einfache Dienstleistungsberufe, die aber für die Gesellschaft genauso notwendig sind wie akademische Arbeiten. „Wenn Müllwerker vier Tage streiken, stinkt die ganze Stadt – wenn Fakultäten für Germanistik vier Jahre streiken, gibt es keinerlei Auswirkungen auf die Funktionsfähigkeit von Gesellschaften.“ Prof. Dollase sieht mit Recht eine wesentliche Ursache der schulpolitischen Auseinandersetzungen im Bildungsdünkel, der den potenziellen oder realen Hauptschülern Hürden inhält, die sie nicht überspringen wollen, weil ihnen der Sinn mehr nach „richtiger“, also praktischer Arbeit steht.

Höchst aufschlussreich ist Peter Silbernagels Feststellung: „Das Wort >Lehrereinstellung< kommt im Koalitionsvertrag nicht vor. (.....) Der Begriff Leistung nur einmal in der Formulierung,>setzen wir auf (.....) leistungsstarke Schulen<“.

Ich, Wolfram Ellinghaus, meine, unsere Schulen müssen leistungsstarke Persönlichkeiten hervorbringen.

Veranstalter: Lernen für die Deutsche und Europäische Zukunft e.V.
Homepage: www.schulbuchpreis.de
Verantwortlich: Wolfram Ellinghaus

Druck: Fa. Sautmann, Bad Laer